

hielt es daher für ihre Pflicht, einzugreifen und den Weg der Vermittlung zu beschreiten. Von den Zusagen, die bei diesem Anlaß erreicht wurden, ist wohl eine der wichtigsten, daß der Bürgermeister das Versprechen gab, daß den Koalitionsbestrebungen der Straßenbahner keine Hindernisse mehr in den Weg gelegt werden sollen, daß also der Weg für eine Organisation dieser Angestelltenkategorie frei sein solle. Wir setzen voraus, daß an diesem Prinzip festgehalten werde, und es wird dann wohl auch späterhin um so leichter sein, Konflikte zu vermeiden und die Wege zu gütlichen Vereinbarungen zu finden.

Die Beratungen im Rathhause.

Bei den Verhandlungen, die Dienstag von 11 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags im Rathhause stattfanden, waren sowohl die Vertrauensmänner der Sozialdemokraten (vom Verband der Handels- und Transportarbeiter Weigl und Abgeordneter Forstner) als auch die Vertrauensmänner der Christlichsozialen (die Gemeinderäte Kunschak und Spalowsky) anwesend. Die Grundlage der Verhandlungen bildeten die von den beiden Organisationen eingebrachten Memoranden. Der Bürgermeister gab eingangs der Verhandlungen die Erklärung ab, daß sich die gestrige Obmännerkonferenz bereits mit den Forderungen der Bediensteten beschäftigt habe und daß dem Stadt- und Gemeinderat entsprechende Anträge gestellt werden; der Stadtrat wird sie diesen Donnerstag, der Gemeinderat am 15. Oktober verhandeln. Er bedauere deshalb, daß es zum Streik gekommen sei. Zu den Forderungen des Verbandes der Handels- und Transportarbeiter bemerkte er, daß eine dreißigprozentige Erhöhung der Kriegszulage in Aussicht genommen sei. Die Teuerungszulagen werden ähnlich den Beschäftigten der Regierung hinsichtlich der Staatsbediensteten in acht Familienklassen eingeteilt. Was die Forderung nach Erhöhung des Grundlohnes anlangt, so erklärte der Bürgermeister, vor Friedensschluß auf die Erörterung dieser Frage nicht eingehen zu können. Als die sozialdemokratischen Vertrauensmänner dagegen Einspruch erhoben, erklärte er schließlich, die Sache noch näher zu prüfen, und beauftragte den Direktor der Straßenbahnen, entsprechende Vorschläge zu erstatten. Die viermalige Auszahlung des Anschaffungsbeitrages innerhalb eines Jahres wurde bewilligt. Was die geforderte Einrechnung der Kriegszulagen in die der Pensionsversicherung zugrunde liegende Summe anlangt, so sollen 25 Prozent der Zulagen eingerechnet werden. Zu der Forderung nach doppelter Einrechnung der Kriegsjahre bei Bemessung der Pension wurde zugestanden, daß die Kriegsjahre in anderthalbfacher Höhe eingerechnet werden. Die Abgabe von Lebensmitteln, Kleibern und Schuhen würde die Gemeinde gern in dem gewünschten Ausmaß durchführen, wenn sie die Möglichkeit dazu hätte. Es werde jedoch das möglichste auf diesem Gebiet unternommen werden. Zur Forderung nach voller Koalitionsfreiheit sagte der Bürgermeister, daß in der letzten Zeit von der Direktion keinerlei Maßregelungen oder Behinderungen der Organisation vorgenommen wurden und volle Koalitionsfreiheit eine Selbstverständlichkeit sei. Doch lege er Wert darauf, daß während des Dienstes und innerhalb der Diensträume keine Agitation von irgend einer Seite betrieben werde. Wegen der geforderten Dienstkarte für Freifahrten im Zivil beauftragte der Bürgermeister den Direktor, entsprechende Berechnungen anzustellen und ihm vorzulegen. Für die Altpensionisten werden Zulagen zu ihren Pensionsbezügen gewährt, die sich im Ausmaß von 40 bis 108 Kronen bewegen. Für die ab 1. Oktober in die Pension tretenden Bediensteten wird eine Sonderzulage in der Höhe von 104 bis 110 Kronen gewährt. Die Spezialforderungen für die einzelnen Kategorien konnten nicht zur Beratung gelangen, weil die entsprechenden, von der Direktion auszuarbeitenden Grundlagen hierfür nicht vorhanden waren. Der Bürgermeister versicherte, daß man sich mit diesen Fragen in der nächsten Zeit beschäftigen werde, sobald die Berechnungen seitens der Direktion vorliegen.

Die Vertreter des Verbandes der Handels- und Transportarbeiter hielten hierauf eine Sonderberatung ab und erklärten sich nach Wiederaufnahme der Sitzung mit den gemachten Zugeständnissen nicht zufrieden. Sie wären auch nicht in der Lage, auf Grund dieser verhältnismäßig geringen Zugeständnisse die Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen. Doch sehen sie ein, daß nicht sofort in die Beratung der Spezialforderungen eingegangen werden könne, und sie verlangen deshalb die Zusicherung, daß innerhalb vierzehn Tagen die Verhandlungen über die bei der heutigen Sitzung noch nicht zur Erörterung gelangten Fragen fortgesetzt und bei diesen weitere Zugeständnisse gewährt werden. Wenn diese Zusicherung gegeben werde und vom Bürgermeister wie vom Direktor der Straßenbahnen erklärt werde, daß wegen des erfolgten Ausstandes Maßregelungen nicht stattfinden werden, sind die anwesenden Vertrauensmänner bereit, dem Personal die Wiederaufnahme der Arbeit für Mittwoch zu empfehlen.

Die Vertreter des christlichsozialen Arbeitervereines genierten sich dagegen nicht, den ihrer Ueberzeugung nach mutwillig angezettelten Streik zu verurteilen; sie sprachen ihr unentwegtes Vertrauen zum Bürgermeister und zu der Gemeindeverwaltung aus, die ihre Forderungen teils schon der Erledigung zugeführt haben, teils darüber in Beratung stehen; sie erklärten, für die unbedingte Wiederaufnahme der Arbeit einzutreten.

Der Bürgermeister sicherte hierauf die Fortsetzung der Verhandlungen innerhalb vierzehn Tagen zu. Ob weitere materielle Zugeständnisse gemacht werden, werde davon abhängen, ob die mittlerweile durchgeführten Berechnungen diese ermöglichen. Bezüglich der Maßregelungen erklärte der Bürgermeister, daß er darüber allein nicht entscheiden wolle und darauf aufmerksam mache, daß einzelne Verhaftungen wegen Sabotage vorgekommen seien. Da könne er natürlich auf das

ordentliche gerichtliche Verfahren, das eventuell gegen diese Personen eingeleitet werde, keinen Einfluß nehmen. Doch erkläre er gern, daß im übrigen auf die allgemeine Erregung und auf die Verhältnisse überhaupt, unter denen wir jetzt leben, bei der Beurteilung des Verhaltens einzelner Bediensteter größte Rücksicht genommen werden wird.

Hiermit waren die Verhandlungen beendet.

Der Verlauf des Ausstandes.

Obwohl die Arbeitseinstellung keineswegs eine allgemeine war, zeigte das Straßenbild das unverkennbare Gepräge eines *Tramwaystreiks*. Auf einzelnen Linien ruhte der Verkehr ganz, und es war für die vielen Leute, die früh die Straßenbahn benützen müssen, um an ihre Arbeitsplätze zu gelangen, eine unangenehme Ueberlastung, als sie nach langem, vergeblichem Warten bei den Haltestellen erfahren mußten, „daß heute gestreikt wird“. Auf anderen Linien wieder wurde der Betrieb teilweise aufrecht erhalten und die Züge verkehrten nur in sehr großen zeitlichen Zwischenräumen, was dazu beitrug, daß die Ueberfüllung natürlich noch weit größer war als sonst. Dort, wo der Verkehr ganz oder teilweise von den „Arbeitswilligen“ aufrecht erhalten wurde, wie das auf der Gürtellinie 18 und 118, auf der Mariahilferstraße und auf der Linie 13 der Fall war, kam es wiederholt zu stürmischen Kundgebungen der Streikenden, die sich dort angesammelt hatten. Ein großer Auflauf bildete sich vormittags in der Damböckgasse in Mariahilf, der dadurch verursacht wurde, daß die Polizei mehrere Verhaftungen vorgenommen hatte, denen sich auf dem Wege zum Kommissariat eine immer wachsende Menschenmenge anschloß, die die Freilassung der Arrestierten verlangte. In der Amerlingstraße wurden Züge, die vom Südbahnhof kamen, von Streikenden angehalten, worauf die Polizei einschritt und den Weg zur Weiterfahrt frei machte. Dabei taten sich einzelne Wächter in der bekannten Art hervor, daß sie nur so Stöße und Puffe an die Umstehenden austeilten. Bei der Währingerstraße kam es in der Nähe des Versorgungshauses, wo eine größere Anzahl Streikender das Dienst verrichtende Fahrpersonal zum Anschluß an den Streik zu bewegen versuchte, zu einem kleinen Zusammenstoß mit der Wache, die dabei äußerst heftig vorging. Bei dieser Gelegenheit wurde eine Schaffnerin, die sich im Gedränge befunden hatte, von einem Wachtmeister durch Säbelhiebe über die Hand und im Gesicht ziemlich erheblich verletzt. Ein Akt ganz besonderer Rohheit ereignete sich am Praterstern. Dort wurde eine Schaffnerin, die sich dem Streik angeschlossen hatte, von dem Bahnhofsvorstand der Brigittenau Ingenieur Murr aufgefordert, Dienst zu machen. Als sie sich weigerte, bekam sie von dem rohen Patron eine Ohrfeige. Ueberhaupt glaubten manche Vorgesetzte an verschiedenen Stellen, dem Personal durch besondere „Schneidigkeit“ zu imponieren, und suchten dieses durch Beschimpfungen zur Arbeitsaufnahme zu bewegen. Das Personal hat aber auch diesen Provokationen gegenüber standgehalten und im allgemeinen Disziplin bewahrt. Von einzelnen Sabotageakten, die im Laufe des gestrigen Tages gemeldet wurden und die von einzelnen unbesonnenen Elementen verübt worden sind, abgesehen, verlief die Bewegung in Disziplin und Ordnung. Auch die Wiener Straßenbahner haben den Beweis geliefert, daß sie einen Lohnkampf gleich der übrigen Arbeiterschaft zu führen gelernt haben.

Das Ende des Straßenbahnerstreiks.

Die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen.

Der Streik der Wiener Straßenbahner, der im Laufe des Dienstag beträchtlich an Ausdehnung zugenommen hatte, ist beendet. Eine Dienstag abend stattgefundene Versammlung der Vertrauensmänner der Streikenden hat nach Entgegennahme der Berichte über die Vorgespräche beim Bürgermeister beschlossen, den Streikenden die Wiederaufnahme der Arbeit am Mittwoch früh zu empfehlen.

Dieser Beschluß ist den noch in später Abendstunden in den einzelnen Bezirken tagenden Personalversammlungen mitgeteilt worden, und es ist danach wohl anzunehmen, daß die Weisungen der Vertrauensmänner überall genau eingehalten und befolgt werden. Der Beschluß ist in der Erkenntnis der Sachlage gefaßt worden, daß die Arbeitseinstellung als eine spontan gekommene Kundgebung gegen die Verschleppung der von dem Personal überreichten Forderungen anzusehen ist, mit der schließlich eine Reihe von Zusagen durch den Bürgermeister erwirkt wurde, von denen man wohl hoffen darf, daß sie in dieser Zeit der allgemeinen Notlage auch eingehalten werden. Es war kein Streik, zu dem irgend welche Vorbereitungen getroffen waren, und das Personal, das zu der Arbeitseinstellung gegriffen hat, tat dies in der Erregung und dem allgemeinen Unmut darüber, daß man seine billigen, von der allgemeinen Notlage diktierten Wünsche nicht rechtzeitig gehört und eine Abhilfe zugesagt hat. Noch in der Obmännerkonferenz vom Montag war von den Wünschen und Beschwerden der Straßenbahner keine Rede, und es ist daher auch eine Unwahrheit, wenn von Herrn Spalowsky der Versuch unternommen wurde, die Sache so hinzustellen, als ob die Sozialdemokraten in dieser Konferenz die Forderungen der Straßenbahner preisgegeben hätten. Tatsächlich wurde in der Obmännerkonferenz über die Forderungen der Straßenbahner gar nicht gesprochen, da bloß die Vorlage über die Zuwendungen an alle städtischen Angestellten zur Beratung stand. Im Laufe des Montag brach aber der Streik spontan aus und griff immer weiter um sich. Die gewerkschaftliche Organisation der Transportarbeiter